

## **Vernehmlassung zur stadtweiten Einführung eines Farbsack-Trennsystems**

Die TVS lädt zur Mitwirkung ein. An dieser Stelle danken wir Ihnen für diese Möglichkeit.

Mit heutiger Eingabe ist die Frist vom 28. August 2020 für das Einreichen der Vernehmlassung eingehalten. Die Eingabe erfolgt wie von Ihnen gewünscht per E-Mail.

Wenn nachfolgend kritische Bemerkungen angebracht und Ergänzungen vorgeschlagen werden, soll dies in keiner Weise die geleistete Arbeit schmälern, sondern als konstruktive Kritik angesehen werden.

### **Grundsätzliches**

Die FDP Stadt Bern steht der Einführung eines Farbsack-Trennsystems kritisch bis ablehnend gegenüber. Unsere Kritikpunkte werden in der Beantwortung der drei Fragen gemäss Schreiben vom 25. Mai 2020 detailliert aufgeführt.

Einleitend halten wir fest, dass die Stadt Bern über ein gut funktionierendes Abfallkonzept verfügt. Warum das vor dem Hintergrund der desolaten Finanzsituation nun geändert werden soll, wird nicht ausgeführt und ist eine Schwachstelle des Vortrags. Auch wird in keiner Weise ausgeführt, weshalb nicht beispielsweise eine Verschiebung möglich wäre. Irgendwie wird man den Eindruck nicht los, dass es hier um eine Zwängerei geht.

Weiter führt der Vortrag aus, das neue System werde zurzeit vor allem in Skandinavien und vereinzelt in Frankreich und Italien betrieben. Bisher gebe es jedoch keine Stadt, welche das System in Verbindung mit der in der Schweiz üblichen Sackgebühr für Kehricht betreibt. Warum ist das so? Eine schlüssige Antwort ist den Unterlagen nicht zu entnehmen und es ist der falsche Zeitpunkt für Experimente.

### **Frage 1**

Das Konzept weist erhebliche Mängel auf. Unsere Kritik folgt den Ausführungen im Bericht zur Vernehmlassung.

Zwei parallele Systeme zu unterhalten macht ökonomisch wenig Sinn. Inwiefern die Aufrechterhaltung zweier parallelen Systeme ökologisch Sinn machen, wird in den Unterlagen nur gestreift.

Positiv ist die Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsschutzes des Beladepersonals, wobei auch hier Zweifel angebracht sind, da nicht alle Container wohl hindernisfrei stehen und diese bis zum Entsorgungswagen gezogen werden müssen. Zudem sind diese ein Vielfaches schwerer gegenüber einem Kehrichtsack, da gut gefüllt. Im Übrigen gibt es bereits heute Liegenschaften, die einen zentralen Container für Siedlungsabfälle haben bspw. an der Giacomettistrasse und das seit Jahrzehnten. Inwiefern das für das Personal einfacher ist, kann man an dieser Strasse problemlos eruieren.

Die BewohnerInnen der Stadt Bern entsorgen und recyceln bereits heute in grossem Stil. Zu beobachten ist, dass die Menschen Glas, Batterien, etc. in Tragetaschen von zuhause an die Sammelstellen bringen und die Taschen immer wieder benützen. Beim Farbsack-Trennsystem fällt diese Mehrbenützung von Behältern weg. Es entsteht ein Mehrfaches an Plastikverbrauch.

Das neue Konzept ist nur teilweise freiwillig. HauseigentümerInnen werden verpflichtet, grossmehrheitlich auf ihrem Privatgrund, zwei Containerplätze zur Verfügung zu stellen, zusätzlich zu dem bereits vielerorts bestehenden Container für Grünabfuhr. Für das Gewerbe wird das System obligatorisch.

Es ist geplant, nur alle zwei Wochen die Farbsack-Trenn-Container zu leeren. Hier besteht jedoch die Gefahr, dass die Containervolumen zu klein sein werden und die Stadtbewohner die Säcke neben die Container stellen. Die Gefahr von aufgerissenen Kehrichtsäcken durch Tiere, welche auf Seite 4 des Berichts, gebannt werden soll, bleibt bestehen. Der Hauskehricht-Container soll nur noch 1x pro Woche geleert werden. Die Geruchsemissionen vor allem im Sommer sind vorprogrammiert. Zudem besteht auch wie beim Farbsack-Trenn-Container die Gefahr, dass die Kehrichtsäcke neben den Container hingestellt werden. Was aufgerissene Säcke durch Tiere zur Folge haben wird. Heute sind sich die Menschen in den Quartieren bewusst, dass die blauen Säcke nicht bereits über Nacht auf die Strasse gestellt werden dürfen. Die Leerungskadenz ist zu starr. Sie mag vielleicht für Einfamiliensiedlungen reichen, aber nicht für Gebiete mit Mehrfamilienhäusern (bspw. Westen, Wyler, Ostring).

Die Frage der Containerplätze muss flexibler geregelt werden. Es kann nicht die Grundregel sein, dass die Container auf privaten Grundstücken zu stehen kommen und die Kosten für die Bereitstellung des Platzes zulasten der LiegenschaftseigentümerInnen gehen. Die Stadt Bern versteht sich als grüne Stadt und will nun die grünen Vorgärten in der Länggasse oder im Kirchenfeld zubetonieren lassen für Containerplätze?

Besser wäre ein System mit öffentlichen Containerplätzen - gegen eine jährliche kleine Gebühr und in Einzelfällen oder bei Freiwilligkeit der GrundeigentümerInnen, private Containerplätze. Dies würde auch eine flexiblere Handhabung bei denkmalgeschützten Liegenschaften bieten. Beim System der öffentlichen Containerplätze ist jedoch der Vorbehalt anzubringen, dass diese nicht einseitig auf bereits bestehenden Parkplätzen zu stehen kommen.

Es muss auch festgehalten werden, dass für EigentümerInnen, welche auf das Farbsack-Trennsystem verzichten, keine Verpflichtung besteht, einen zweiten Container auf ihr Grundstück zu stellen.

Was die Bewirtschaftung der Container anbelangt, ergibt sich hier doch eine Mehrbelastung der GrundeigentümerInnen/AbwartInnen. Es ist festgehalten, dass grundsätzlich ERB den Bereitstellungsstandort festlegt. Wir gehen davon aus, dass eine Vielzahl dieser Container auf privatem Grund am Sammeltag auf die Strasse - wie heute die Grün- und Papiercontainer - gestellt werden müssen. Nun sollen diese Personen auch noch für die Bewirtschaftung des Abfalls der Übrigen (Abfall der Mieter) zuständig sein? Und für die Reinigung der Container von Abfall anderer Leute? Der Solidaritätsgedanke wird hier arg strapaziert.

Das Gebiet „Innenstadt“ ist vom neuen Regime ausgenommen. Der Perimeter der „Innenstadt“ ist zu definieren.

Der HEV hat an seiner Mitgliederversammlung und in seiner Vernehmlassungsantwort die Phase einer „Pilotstrasse“ skizziert. Die FDP Stadt Bern unterstützt diesen Ansatz und würde eine solche Pilotstrasse zur Beantwortung und Klärung auch unserer Fragen und Kritikpunkte begrüssen.

#### Kosten

Die Einführungskosten sind hoch. In Anbetracht der desolaten Finanzsituation der Stadt Bern sind wir erstaunt, dass der Gemeinderat hier nicht Vernunft walten lässt oder zumindest eine Verschiebung andenkt.

Auch die Kosten der einzelnen Farbsäcke fallen höher aus als die heutigen blauen Säcke (sowohl bei der Herstellung, beim Kauf wie auch bei der Entsorgung). Zur Ökologie dieser farbigen Säcke siehe nächsten Abschnitt.

Bei den Kosten für die Container sind nur die Investitionskosten bei der Einführung angegeben. Wie lange ist die Lebensdauer all dieser Container? Wie schnell müssen diese Plastik/Kunststoff-Container ersetzt werden?

Und noch zum Punkt, dass die Stadt mit den Containern schöner sein wird als mit den blauen Kehrichtsäcken zweimal pro Woche. Wie steht es mit Graffiti auf den Containern? Es ist in dieser Stadt leider zu erwarten, dass eine Grosszahl dieser Container - auch auf Privatgrund - mit Graffiti "verziert" werden. Für das Stadtbild nicht gerade förderlich.

Wir bezweifeln die Befristung der 4 -5 Vollzeitstellen bei der Personalaufstockung. Umso mehr, als zwei Systeme parallel aufrechterhalten werden. Zudem hat die Stadt in der Vergangenheit nicht gezeigt, dass sie willens ist, weniger Stellen zu schaffen bzw. befristete Stellen auch in der Tat abzubauen. Hier fehlt uns leider der Glaube an die Aussagen. Eigentlich müsste aufgrund der weniger hohen Entsorgungskadenz auch weniger Personal benötigt werden. Wieso das nicht so ist, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Hier besteht noch Erklärungsbedarf.

Wie bereits erwähnt, erwachsen LiegenschaftseigentümerInnen zusätzliche Kosten, und zwar einmalig wie auch im Betrieb. Es müsste frei wählbar sein, ob ein öffentlicher oder privater Containerplatz beansprucht wird. Einer Gebühr pro Haushalt pro Jahr für die Benutzung der öffentlichen Containerplätze mit CHF 25.00 ist vernünftig. Zu befürchten ist jedoch, dass wie so viele Gebühren, diese in kurzen Abständen regelmässig erhöht werden. Hier muss ein Mechanismus im Abfallreglement eingebaut werden, um dies zu verhindern.

Das Weitergeben von Kosten in der Nebenkostenabrechnung (wie auf Seite 29 aufgeführt) ist in einer Stadt, in welcher ein Grossteil der Bewohner in Mietwohnungen lebt, zynisch und wird eine Kette von Verfahren und Mehraufwand nach sich ziehen. Damit schiebt die Stadt das Problem einfach weiter an den Eigentümer. Ehrlicher wäre, wenn diese Gebühr von der Stadt erhoben würde, analog einer "Serafe" Gebühr.

Mit der Vereinheitlichung der Mehrwertsteuern auf den gebührenpflichtigen Säcken generiert die Stadt Neueinnahmen, da sie die Mehrwertsteuer auf die Gebühr aufrechnet. Üblicherweise sind Gebühren inklusive MWST. Warum das nun anders sein soll, führt die Verwaltung nicht aus und aus den Erläuterungen geht nicht klar hervor, weshalb die Mehrwertsteuer nicht mehr inbegriffen sein soll.

### Ökologie

Es ist zu bezweifeln, dass mit den beiden Systemen Sammel-Fahrten - CO2-mässig - ökologischer gestaltet werden können. Es wäre klüger, wenn die TVS endlich vermehrt auf Elektrofahrzeuge umstellen würde.

Es ist zu befürchten, dass die Flut von Plastiksäcken durch die Vielzahl der einzelnen, farbigen Kehrichtsäcke zunehmen wird. Die ökologische Herstellung dieser vielfarbigen Kehrsichtsäcke wird ebenfalls in Frage gestellt.

„Der Umweltnutzen ergibt sich aus der Reduktion des privaten Transports zu den Sammelstellen und den Entsorgungshöfen bzw. zum Detailhandel“. Dieses Fazit trifft in der Stadt Bern so nicht zu, wenn die Bewohner bereits mit dem Fahrrad unterwegs sind resp. beim Recyceln Tragetaschen mehrmals gebrauchen anstelle von neu Einmal-Plastik/Kunststoff-Kehrsichtsäcken. Nach wir vor wird man nicht

verhindern, dass auch Auswärtige ihren Kehrriech, Pet, Glas etc. an den Sammelstellen entsorgen werden. Beispielsweise werden die Container am Helvetiaplatz sehr gerne von Auswärtigen genutzt. Inwiefern die Auswärtigen in der Ökobilanz aufgeführt wurden, ist nicht ersichtlich.

Eine Ökobilanz, welche alle Punkte berücksichtigt, inklusive Parallelsystem sowie Auswärtige, fehlt.

## **Frage 2**

Art. 6 Abs 8 ff (neue Formulierung)

Die Stadt ist verpflichtet, geeignete Standorte für die Container auf öffentlichem Grund zur Verfügung zu stellen.

Die Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften können einen geeigneten Standplatz für die Container auf ihrem privaten zur Verfügung stellen. Sie können einen gemeinsamen Standplatz für mehrere Liegenschaften bestimmen.

Zur Begründung siehe Ausführungen zu Frage 1 hievov.

Änderungen „Rahmen-Gebührentarif für die Abfallentsorgung

Neu:

Die Gebühren im Anhang ARF verstehen sich inklusive Mehrwertsteuer.

Ziffer 3.2.5:

Jahresgebühr für die Benützung von Containern für gebührenpflichtige Abfallsäcke auf öffentlichem Grund und Sammelstellung pro Wohnung, pro Einfamilienhaus oder Betrieb

Die Mehrwertsteuer ist in den Ansätzen gemäss Ziffer 3.2.1 und 3.22. inbegriffen.

Abfalltarif:

**inkl.** MWST (und nicht exll. MWST

## **Frage 3**

Zugestimmt werden kann den Anpassungen zum Mehrweggeschirr für Veranstaltungen und den redaktionellen Änderungen.

## **Fazit**

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das geplante Farbsack-Trennsystem nicht für alle geeignet ist und aufgrund der Finanzsituation zu überdenken ist. Zudem verfügt die Stadt über ein gut funktionierendes Entsorgungssystem. Das neue System ist nicht freiwillig, insbesondere nicht für Grundeigentümer. Es ist auch teurer, da neu für alle Farbsäcke (Glas z.B.) eine Gebühr zu entrichten ist. Die Einführungskosten sind hoch, bedingt scheinbar eine Personalaufstockung, obwohl es weniger Fahrten gibt, bei einem zweifelhaften Mehrnutzen (Ökobilanz). Der Entsorgungsrhythmus wird verlängert, was zwar aus ergonomischer Sicht für die Mitarbeitenden der Sammeldienste positiv sein wird, es ist jedoch zu bezweifeln, dass das Gewicht, welches die Mitarbeitenden stemmen müssen, kleiner wird. Die Standortwahl (öffentlich oder privat) muss flexibler festgelegt werden. Für HauseigentümerInnen und das Gewerbe überwiegen die negativen Auswirkungen in finanzieller, bautechnischer und ökologischer Sicht.

Der Praxistest mit einer Pilotstrasse gemäss HEV erachtet die FDP Stadt Bern als unverzichtbar und unterstützt diesen.

Freundliche Grüsse  
FDP Stadt Bern



Dolores Dana  
Stadträtin



Barbara Freiburghaus  
Stadträtin / Kommission PVS